

Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes!

Donnerstagnacht erreichte uns die Nachricht, dass der russische Präsident den militärischen Angriff auf die Ukraine angeordnet hat. Damit ist eingetreten, was wir alle befürchtet haben: ein Krieg in Europa. Die CDU Ostfriesland verurteilt diesen abscheulichen Bruch des Völkerrechts mit schlimmen Folgen für die dortige Bevölkerung und für die gesamte Weltordnung auf das Schärfste. Der Aggressor Putin bringt mit diesem imperialistischen Angriff unendliches Leid über die Bevölkerung der Ukraine, aber auch über die Soldaten, die er in diesen Krieg zwingt, und deren Familien.

Dieser Angriff auf die souveräne Ukraine ist ein Angriff auf Grundprinzipien der internationalen Ordnung. Wir empfinden tiefes Mitgefühl für die Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben, ihre Unabhängigkeit und ihre Demokratie fürchten müssen. Das freie Europa steht an der Seite der Ukraine in ihren völkerrechtlich anerkannten Grenzen.

Die Antwort der internationalen Gemeinschaft und auch der Europäischen Union muss eindeutig, hart und unmissverständlich sein. Unsere Botschaft ist: Wir stehen in der EU und der Nato zusammen. Den Völkerrechtsbrüchen und Aggressionen des Kriegstreibers aus Moskau wird nicht mehr nachgegeben werden. Jetzt braucht es Härte gegenüber Putin und seinen Vasallen – diplomatisch, politisch und wirtschaftlich. Selbst, wenn das Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland und Europa hat. Frieden und Freiheit in der Welt sind wichtiger als Wirtschaft. Daher befürworten wir neben den bereits beschlossenen Sanktionen auch den Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Abkommen, mit dem der internationale Zahlungsverkehr elektronisch organisiert wird. Wir fordern schnelles Handeln, um die Europäische Union energiepolitisch unabhängig von russischem Gas und russischer Kohle zu machen.

Wir fordern harte und einschneidende Sanktionen gegen den Despoten Putin, alle Mitglieder der russischen Regierung sowie des Parlaments, die den Krieg gegen die Ukraine unterstützt und zu legitimieren versucht haben sowie die Führungsspitzen der russischen Staatskonzerne, die zur Vorbereitung dieses Krieges beigetragen haben. Zugleich unterstützen wir Bemühungen, den zivilgesellschaftlichen Kontakt zwischen unseren Völkern nicht abreißen zu lassen. Um die humanitären Folgen dieses Verbrechens zu lindern, sind wir bereit, unseren Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet auch in Ostfriesland zu leisten.

Dies ist ein Realitätsschock. Die Hoffnung, nach dem Kalten Krieg für alle Zeiten Freiheit und Frieden in Europa zu haben, hat sich als Illusion erwiesen. Wir sind jetzt auf brutale Weise eines Besseren belehrt worden. Auch wir in Europa müssen Freiheit und Frieden immer neu erarbeiten und immer neu verteidigen. Wir unterstützen die sofortige Stärkung der Grenzen der Nato-Mitgliedsstaaten. Auch Deutschland muss jetzt seine Verteidigungskraft stärken.

Den früheren Bundeskanzler und Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder fordern wir auf, mit sofortiger Wirkung alle seine Ämter bei russischen Staatskonzernen niederzulegen. Tut er dies nicht, sollten ihm alle Ehregrade inklusive des Bundesverdienstkreuzes und der Niedersächsischen Landesmedaille aberkannt werden. In diesem Fall fordern wir, dass er auch seine Privilegien als früherer Bundeskanzler verliert.